

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 29.10.2020	an den Magistrat ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat I Amt: Rechtsamt - Stadtwirtschaftskoordinat ion	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☒ ☐	☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2020/0326 Magistratsbeschluss-Nr.
Produkt-Nr.: Kostenstelle: Kostenträger:		
Investitionsnummer: Sachkonto:		

Betreff: Prüfung nach § 121 Abs. 7 HGO

Vorlage vom: 28.10.2020

Beschlussvorschlag:

Die Prüfung samt Anlage wird zur Kenntnis genommen.

Anlagen: 2020 09 08 Anlage Magistratsvorlage § 121 HGO_2020 ohne Anhang

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Folgekosten: ☐ Ja ☐ Nein

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 28.10.2020

Nach § 121 Abs. 7 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) haben Gemeinden mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.

Mit dem vorliegenden Bericht wird diesem gesetzlichen Auftrag Rechnung getragen. Überprüft wurden alle im Beteiligungsbericht der Wissenschaftsstadt Darmstadt aufgeführten Unternehmen unabhängig von der Rechtsform; darüber hinaus wurden sämtliche direkten Beteiligungen der Wissenschaftsstadt Darmstadt an Gesellschaften in privater und öffentlicher Rechtsform und die Trägerschaft an der Stadt- und Kreis-Sparkasse Darmstadt untersucht. Stichtag für die Betrachtung ist der 31.12.2019.

Betätigungen, die nach dem 14.04.2016 (d.h. seit Beginn der laufenden Wahlperiode) aufgenommen wurden, wurden nicht untersucht, da diese bereits beim Eingehen der Beteiligung oder der Gründung eines Unternehmens im Rahmen der Beschlussfassung der Beteiligungsvorlagen durch die städtischen Gremien und damit bereits einmal während der Wahlperiode geprüft worden sind. Die Entbehrlichkeit der Prüfung in diesem Fall hat die Aufsichtsbehörde bestätigt.

Entsprechend § 121 Abs. 7 HGO wurden folgende Prüfungsschritte vorgenommen:

1) Es muss eine wirtschaftliche Betätigung vorliegen.

- a) Wirtschaftliche Betätigung ist die Tätigkeit, die auch ein Privatunternehmer mit der Absicht der Gewinnerzielung wahrnehmen könnte.
- b) Keine wirtschaftlichen Tätigkeiten sind alle Aufgaben, die in den Ausnahmekatalog von § 121 Abs. 2 HGO fallen, also die
 - gesetzlichen Pflichtaufgaben der Gemeinde,
 - Tätigkeiten auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung, der Breitbandversorgung sowie
 - Tätigkeiten zur Deckung des Eigenbedarfs.

2) Bei Vorliegen einer wirtschaftlichen Betätigung war weiter zu prüfen, inwieweit

- a) ein **öffentlicher Zweck** die Betätigung rechtfertigt (§ 121 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 HGO).

Das verlangt, dass die Betätigung unter Zugrundelegung der in der Stadtwirtschaftsstrategie niedergelegten Ziele der Förderung des Allgemeinwohls dient. Als Daseinsvorsorge werden die Tätigkeiten in der Region verstanden, die durch Stadt, Eigengesellschaften, Beteiligungsunternehmen oder beauftragte Dritte erbracht werden, um wirtschafts-, sozial-, umwelt- und kulturpolitische Ziele im öffentlichen Interesse für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen vor Ort zu erbringen.

Unter öffentlichem Interesse wird das Angebot von Infrastruktur und/oder Dienstleistungen verstanden, das zur Sicherung des Standorts Darmstadt beiträgt, die

Grundversorgung und Zukunftsvorsorge erbringt oder zur Erfüllung von fachspezifischen Zielen dient. Dabei sind gerade auch die Chancen für zukünftige Generationen zu wahren. Die verfolgten Ziele sowie das notwendige Angebot an Infrastruktur und Dienstleistungen unterliegen einem stetigen Wandel. Herausforderung (und Chancen) wie z.B. die Digitalisierung erfordern stetige Anpassungen.

b) die Betätigung nach Art und Umfang **in angemessenem Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf** steht (§ 121 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 HGO).

Ein angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt ist zu bejahen, wenn etwaige anfallende Verluste begrenzt sind und dadurch sichergestellt ist, dass die Betätigung die Finanzkraft der Stadt weder gefährdet noch überfordert.

c) **der Zweck der wirtschaftlichen Betätigung nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann** (§ 121 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 HGO).

Diese Prüfung entfällt, wenn die Betätigung schon vor dem 01.04.2004 (Bestandsschutz) ausgeübt worden ist, weil in diesen Fällen die Einschränkung nach § 121 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 HGO nicht gilt (§ 121 Abs. 1 Satz 2 HGO).

3) Schließlich war zu prüfen, inwieweit die Tätigkeit privaten Dritten übertragen werden kann (§ 121 Abs. 7 HGO).

Dieser Prüfschritt, der ebenfalls unter Berücksichtigung der Ziele der Stadtwirtschaftsstrategie erfolgt, gilt nach dem Gesetzeswortlaut für alle unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt, einerlei ob sie vor dem 01.04.2004 oder danach eingegangen worden sind oder ob sie eine mittelbare Beteiligung nach der o.g. Vorschrift des § 122 Abs. 5 HGO sind, für die § 121 Abs. 1 HGO nicht gilt. Geprüft wird hier nicht, ob die Anteile an einem Unternehmen, sondern ob die Tätigkeit, die ausgeübt wird, einem privaten Dritten übertragen werden kann. Bei der Prüfung wurden die in der Stadtwirtschaftsstrategie verankerten Kriterien zugrunde gelegt und untersucht, ob für diese Betätigung ein Drittangebot am Markt vorhanden ist, die eigene Leistungserstellung profitabel ist, die Betätigung günstiger durch private Dritte erstellt werden kann (Marktvorteil) und der kommunale Einfluss auf die Leistungserstellung geboten ist.

Die Auswertung der Prüfungsergebnisse ist der Anlage zu dieser Vorlage zu entnehmen.

Wie sich aus Seite 7 der Anlage ergibt, wurden 4 % aller Betätigungen als solche identifiziert, deren Abgabe prinzipiell möglich ist. Der deutliche Rückgang dieser Quote im Vergleich zur letzten Prüfung zum Stichtag 31.12.2014 um 50 % resultiert aus einer Bereinigung des Portfolios – insbesondere um überregionale Tätigkeitsfelder.

Die Corona-Pandemie hat allerdings auch gezeigt, wie wichtig die zuverlässige Arbeit der städtischen Unternehmen ist und wie unbedingt notwendig die Leistungen der Daseinsvorsorge und grundlegende Infrastruktur in die Hand der Kommunen gehören.

Bei den identifizierten 4 % handelt es sich im Falle von drei Beteiligungen um Gesellschaften, die bereits gemeinschaftlich mit privaten Dritten geführt werden.

Bei einer Gesellschaft handelt es sich um eine strategische Partnerschaft im Ausland.

Anlässlich der Prüfung fanden keine Detailuntersuchungen darüber statt, ob und zu welchem Zeitpunkt eine Übertragung der Tätigkeit opportun, rechtlich möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Diese Untersuchungen werden unter Berücksichtigung der Vorgaben der Stadtwirtschaftsstrategie in engem Austausch mit den Leitungen der betroffenen Geschäftsfelder erfolgen.

Darmstadt, den 28.10.2020

Dezernat I

Jochen Partsch
Oberbürgermeister

Anlage